

Rückenwind von unten: Der erste Frankfurter Demokratiekonvent

Katharina Liesenberg

Die Demokratie ist in der Krise, die Demokratie schafft sich ab, die Demokratie wird untergraben – wirft man einen Blick in Tageszeitungen, Bücher, Feuilletons oder lauscht den allabendlichen Talkshows, steht es nicht gut um unsere Staatsform. Gemäßigte Stimmen sprechen von einem »Formwandel« der Demokratie – und auch hier ist offensichtlich: Es tut sich was, Veränderungen sind im Gange oder stehen ins Haus. Dabei haben wir in unserem demokratischen Gemeinwesen doch einiges erreicht: In diesem Jahr feiert das Grundgesetz seinen 70. Geburtstag, das Frauenwahlrecht wird 100 Jahre alt und die Friedliche Revolution, die zum Fall der Mauer führte, begeht ihr 30-jähriges Jubiläum. Aber natürlich, unsere Demokratie kämpft mit Problemen, sie sind in zahlreicher Form benannt. Doch welche Lösungen gibt es dafür? Und wer schafft auf welche Weise Rückenwind? Der Blick zu den europäischen Nachbarn, aber auch über den Kontinent hinaus, zeigt, dass die Krisenphänomene schlimmer sein können.

Die Wahl Trumps in den USA etwa machte die tiefe gesellschaftliche Spaltung des Landes deutlich und auch die Gelbwesten-Proteste in Frankreich sind Ausdruck eklatanter Missstände. Polarisierungen werden stärker und gesamtgesellschaftlicher Austausch und Verständigung zunehmend schwieriger. Wir sehen aber auch, dass anderswo nach strukturellen Lösungen gesucht wird: Die irischen citizens' assemblies haben weltweit Anerkennung erfahren, weil dort Themen von ethischer Relevanz beschlossen worden sind, die in einem katholischen Land nicht erwartbar waren. In Kanada gibt es eine Vielzahl an reference panels, die eine ähnliche Funktion erfüllen. In Vorarlberg (Österreich) sind Bürgerräte in der Landesverfassung verankert. In diesen Formaten wird gesamtgesellschaftlicher Austausch über politische Themen in den Mittelpunkt gestellt.

Und was tut Deutschland? Bundespräsident Steinmeier war Schirmherr des Gesprächsformats »Deutschland Spricht« – Austausch ist in aller Munde, Austausch scheint politisch gewollt. Während aber die oben genannten Beispiele auch politische Umsetzung erfahren haben, gibt es bei »Deutschland Spricht« kein politisches Wirksamkeitsversprechen. Doch wie lenkt man diesen Austausch in politisch relevante Bahnen? Ein Beispiel hierfür ist der erste Frankfurter Demokratiekonvent, der von »mehr als wählen e.V.« an drei Tagen im Februar 2019 durchgeführt wurde. Nach bisherigem Feedback: ein voller Erfolg. Den Teilnehmenden mangelte es nicht an lobenden Worten, die Presse berichtete positiv und auch die Vertreter/innen der Stadt sind dankbar für das Engagement. Der Frankfurter Demokratiekonvent ist dabei nichts anderes als die irischen assemblies oder die Vorarlberger Bürgerräte. Ein Raum für Austausch, ein Beteiligungsformat, eine Schmiede politischer Ideen – all das kann, soll und will der Demokratiekonvent sein. Beim Demokratiekonvent wurden insgesamt fast 50 Teilnehmende zufällig ausgewählt, die an drei Tagen eine Handlungsempfehlung für bessere Bürgerbeteiligung in der Stadt Frankfurt erarbeitet haben.

Demokratie per Losverfahren – so alt wie die Demokratie selbst

Bereits im alten Griechenland diente das Los als Mittel zur Herstellung von Chancengleichheit und Unterbindung von Machtinteressen. Das Los befähigt Bürger/innen zu politischer Beteiligung, die keine Zeit oder Muße für Partei- oder Vereinsarbeit haben. Es ermöglicht die Auswahl von Menschen, die sich vielleicht noch nie politisch engagiert haben und bringt solche miteinander ins Gespräch, die im Alltag nicht miteinander sprechen würden.

Gleichzeitig wird in dialog- und losbasierten Gremien kein Vorwissen benötigt. Zu einem Demokratie-konvent, einem Bürgerrat oder einer citizens' assembly (die Namensgebung ist zahlreich und vielfältig) werden externe Expert/innen geladen, die das zu behandelnde Thema aus allen möglichen Perspektiven beleuchten. In einem Demokratiekonvent werden Entscheidungen nur auf Grundlage von zuvor gemeinsam erarbeitetem Wissen getroffen.

Die Anfänge

Die Initiative für den Demokratiekonvent kam von einer Gruppe Studierender verschiedener politikwissenschaftlicher Masterstudiengänge, der ich selbst angehöre. Uns sind Demokratietheorien bestens vertraut. Dennoch sahen auch wir einen erheblichen Unterschied zwischen Theorie und Praxis.

Uns stellte sich die Frage, ob wir das, was uns an der Uni beschäftigt nicht »einfach« im echten Leben umsetzen können. Genau das haben wir gemacht. Nach langen Diskussionen über das »Wie« und »Was« ist »mehr als wählen e. V.« entstanden. Wir sind ein inzwischen 10-köpfiger Verein aus Neu-Frankfurter/innen, die sich dafür einsetzen, ein gelostes Gremium als ergänzendes Beratungsorgan für die Stadt Frankfurt zu etablieren. Warum? Weil wir glauben, dass Politik uns alle angeht. Dass Politik nicht ausschließlich Sache von Berufspolitik/innen ist, dass Politik zwar anstrengend ist, aber auch Spaß machen kann und vor allem, dass es den Austausch zwischen allen Mitgliedern der Gesellschaft braucht, um Politik nachhaltig und gewinnbringend für alle zu gestalten.

Verschiedene Ideen und Theorien haben uns dabei beeinflusst und treiben uns auch weiterhin an. Zentral bleibt aber der Gedanke des Austauschs, die Möglichkeit Menschen ins Gespräch miteinander zu bringen. Menschen dazu anzuregen, jenseits des Wahlgangs, Politik aktiv mitzugestalten und ihre Rolle als politische Subjekte wahrzunehmen.

Was ist konkret beim Demokratiekonvent passiert?

An drei Tagen haben die ausgelosten Frankfurter/innen eine »roadmap« für bessere Bürgerbeteiligung erarbeitet. Am ersten Tag des Konvents ging es dabei zunächst um gegenseitiges Kennenlernen und einen Einstieg in das Thema. Wer sind die Anderen? Wer steht hinter »mehr als wählen e. V.«? Und was wollen wir in den nächsten drei Tagen gemeinsam erreichen? Während es am Morgen des ersten Tages noch distanziert zugeht, waren bald alle beim (erst gemeinten) Du, Handynummern wurden ausgetauscht, gemeinsame Treffen für Theaterbesuche vereinbart. Tag zwei und drei dienten als Arbeitsphase und zur Verschriftlichung aller Ideen. In Klein-

gruppen wurde Raum für gemeinsames und zielorientiertes Arbeiten geschaffen. Durch Moderation durch »mehr als wählen e. V.« wurde sichergestellt, dass jede/r Teilnehmende ausreichend Redezeit bekam. Die gemeinsam erarbeitete Handlungsempfehlung wurde zum Abschluss des Konvents im Frankfurter Römer feierlich an den Bürgermeister übergeben. Gefordert wird in der Handlungsempfehlung u. a. eine verbesserte Online-Beteiligungsplattform, eine niedrighschwellige und leichtere Verbindung zu Politiker/innen und die Einführung eines halbjährlich tagenden gelosten Gremiums, dass sich mit stadtpolitisch relevanten Themen auseinandersetzt.

Eine Pressekonferenz im April sowie ein Termin zu »100 Tage danach« soll sicherstellen, dass die Ergebnisse nicht ungelesen in einer Verwaltungsschublade verschwinden. Dennoch – und das wird in Zukunft eine der wesentlichen Aufgaben für »mehr als wählen e. V.« sein – ist eine politische Umsetzung der Ideen nicht garantiert. Um nicht dem Vorwurf der »Scheinbeteiligung« zum Opfer zu fallen, braucht es in den kommenden Monaten und Jahren zum einen mehr Demokratiekonvente und zum anderen viel Überzeugungsarbeit bei politischen Entscheidungsträger/innen und Verwaltungsmitarbeiter/innen die Relevanz inklusiver dialogischer Beteiligungsformate zu erläutern.

Gestaltung der Zufallsauswahl

Welchen Anspruch kann man bei einer Auswahl durch Losverfahren an die an Repräsentativität der Teilnehmer/innen und Ergebnisse stellen? »Mehr als wählen e. V.« hat sich für eine qualifizierte Zufallsauswahl unter besonderer Berücksichtigung klassisch unterrepräsentierter Gruppen entschieden – Austausch ist schließlich nur möglich und gewinnbringend, wenn alle Stimmen gehört werden. Wir wollen einen Raum schaffen, in dem auch die zu Wort kommen, die sonst untergehen. Die bewusste Ansprache derer, die keine Ressourcen haben sich um Demokratie zu kümmern.

Entsprechend haben wir unsere Zufallsauswahl geteilt. Über zwei Drittel entschied das Los und lediglich Geschlecht, Alter und Stadtteil beeinflusste, ob ein Einladungsschreiben für den Demokratiekonvent im Briefkasten lag. Das andere Drittel setzt sich zusammen aus Menschen, um deren Teilnahme wir in verschiedenen Verbänden explizit geworben haben. Dies betrifft unter anderem wohnungslose Menschen, Migrant/innen und Geflüchtete sowie Jugendliche. Für die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Verbänden braucht es viel Vertrauen und Zeit. Nicht nur Vertrauen in uns als Verein, sondern auch in den gemeinsamen Gruppenprozess vor Ort und in die anderen Teilnehmenden. Vertrauen darin, dass ein respektvoller Umgang von allen gewünscht und praktiziert wird. Es war für uns eine wichtige Lehre im Rahmen des Demokratiekonvents und ist auch ein Warnsignal für den Zustand unserer Demokratie und Gesellschaft: Es gibt Menschen, die sich nicht trauen, öffentlich – und im geschützten Raum des Demokratiekonvents – in Erscheinung zu treten, weil ihre Meinung zwar grundgesetzkonform, aber nicht der Mehrheitsgesellschaft entsprechend ist. Deutlich wurde dies bei der Diskussion über mehr sozialen Wohnungsbau und der Frage, inwieweit hier Verantwortung des Einzelnen und des Staats verteilt sein sollten. Wo Macht und Ansehen wichtiger sind als der Wert je-des einzelnen Menschen, da ist es um die Demokratie nicht gut bestellt.

Wie konnte »mehr als wählen e.V.« zum Erfolg werden? Welcher Rückenwind ist für solche Initiativen nötig?

Zunächst braucht es ein schlagkräftiges Team. Ein Team mit Raum für Kritik und Diskussion. Aber noch wichtiger ist der gemeinsame Glaube an die Sache. Dass wir nebenher alle noch studieren, die meisten sogar in den letzten Zügen ihres Masters stehen und dass wir Geld für unseren täglichen Lebensunterhalt verdienen müssen, hat die Sache manchmal erschwert. Aus unserer Sicht ist es deshalb wichtig, dass sich Förderungsmöglichkeiten für Pilotprojekte wesentlich verbessern, wenn Engagement für die Gesellschaft langfristig und nachhaltig gewährleistet bleiben soll. Hier gilt es einerseits, engagierten jungen Erwachsenen und Jugendlichen die Durchführung ihrer Projektideen zu ermöglichen. Andererseits muss durch finanzielle Absicherungsmöglichkeiten sichergestellt werden, dass ein privilegiertes Elternhaus oder ein Stipendium – das sich wesentlich über gute Noten begründet – nicht die einzigen Türöffner für politisches Engagement sind. Engagement, sowohl in Parteien als auch Vereinen, ist derzeit nicht ausreichend gefördert.

Demokratie braucht Rückenwind – auf jeden Fall auch in finanzieller Hinsicht. Es braucht die Bereitschaft in neue und innovative Projekte Geld zu investieren. In Strukturen zu investieren, die sozial benachteiligte Gruppen fördern, sodass jede/r Mensch dazu befähigt wird, sich in einen politischen Austausch einzubringen. Die konkreten Lösungsmöglichkeiten sind zahlreich: Anpassung des Bafög-Systems an die heutigen Lebensbedingungen Studierender und Auszubildender, ein niedrighschwelliger Engagement-Fonds oder gar ein Engagement-Stipendium, strukturell bessere Finanzierung von politischer Bildung an Schulen und Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche. Es muss sichergestellt sein, dass ökonomische Faktoren kein Hinderungsgrund sind, sich über den Wahlgang hinaus, politisch zu beteiligen oder zu engagieren – insbesondere für Kinder und Jugendliche.

Ausblick für die weitere Arbeit

Haben wir erreicht, was wir wollten? Wird das Engagement weitergehen? Haben die Teilnehmer/innen des Konvents einen anderen Blick auf Politik, politische Entscheidungsfindung und ihre Rolle in der Gesellschaft?

Drei Tage Demokratiekonvent sind wohl zu kurz, um die ganze Welt zu verändern. Das Feedback der Ausgelosten zeigt aber deutlich, dass es »mehr als wählen e.V.« gelungen ist, unterschiedliche Menschen miteinander in ein konstruktives Gespräch über Beteiligung zu bringen. Es ist gelungen, durch die Vorstellung verschiedener Beteiligungsformate aus dem gesamten deutschsprachigen Raum ihren Horizont zu erweitern, ihre Fantasie anzuregen und jenseits der klassischen Strukturen zu denken. Die Diskussionen im Demokratiekonvent zeigen deutlich, mit welcher Begeisterung diese Anregungen umgesetzt wurden.

Auch wir sind zufrieden. Ein weiterer Konvent wird stattfinden. Wir freuen uns auf die Behandlung eines inhaltlichen Themas und wollen uns außerdem verstärkt mit der Beteiligung unterrepräsentierter Gruppen auseinandersetzen. Wir haben viel gelernt und sind dankbar für eine so gelungene Veranstaltung. Ziel ist es, die nächsten Veranstaltungen noch besser zu machen.

Gleichzeitig knüpfen wir ein enges Netzwerk mit anderen Vereinen und Initiativen, die ebenfalls geloste Formate in den Fokus ihrer Arbeit stellen. Es gibt zahlreiche Ideen in München, Freiburg, Neumünster, im Allgäu oder Chemnitz. Der Verein »Demokratie Innovation e.V.«, den ich mitaufgebaut habe, organisiert zusammen mit »bürgerpolitik.org« mit dem Projekt »es geht LOS« den ersten gelosten Bürgerrat auf Bundesebene. Bei diesem Bundes-Bürgerrat werden die Teilnehmenden zufällig ausgewählt. Qualifiziert wird die Auswahl durch die Kriterien Alter, Geschlecht und Region. Die Teilnehmenden erarbeiten an fünf Wochenenden gemeinsam eine Handlungsempfehlung für eine politische Problemstellung. Sie werden von Moderator/innen betreut und erhalten Kurzvorträge und Informationen von Expert/innen und Betroffenen, sodass eine wissens- und informationsbasierte Entscheidungsfindung sichergestellt ist. Die Handlungsempfehlung wird dem Bundestag vorgelegt.

Was braucht Demokratie heute?

Es braucht strukturelle Förderung von politischer Beteiligung und Innovation. Bessere Bildungsprogramme und einen deutschlandweiten Politikunterricht. Wie sollen Menschen politische Verantwortung übernehmen, wenn sie es nie gelernt haben? Wenn wir jede Geschichte hören wollen und jede Stimme zählt, braucht Demokratie nicht nur Rückenwind. Sie braucht einen kräftigen Anschubser. Es braucht aber auch die breite Zusammenarbeit aller zivilgesellschaftlichen Akteure. Eine demokratische Gesellschaft lebt von der Teilhabe aller Stimmen, die sie bewohnt und von den Windstößen jeder Denkrichtung, die auf den Füßen des Grundgesetzes steht.

In den zwei Jahren der Arbeit von »mehr als wählen e. V.« und »Demokratie Innovation e. V.« haben wir gelernt, dass es vor allem an struktureller (finanzieller) Förderung innovativer Ideen fehlt und dass Macht noch immer zu ungleich verteilt ist. Es gibt viele Stimmen, die hörbarer sein müssten. Ökonomische Sicherheit spielt eine wichtige Rolle für demokratische Beteiligung und die Schwerfälligkeit der bürokratischen Strukturen trägt wesentlich dazu bei, selbstwirksames Handeln zu behindern.

Demokratie braucht Rückenwind? Wohl eher einen kräftigen Windstoß mutiger Menschen, die sich nicht scheuen generationenübergreifend anzupacken und alte Strukturen nicht unnötig reproduzieren.

Anmerkungen

Dieser Beitrag erschien zuerst im [eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 01/2019](#) vom 11.04.2019.

Autorin

Katharina Liesenberg ist Mitgründerin der beiden Vereine »mehr als wählen e. V.« und »Demokratie Innovation e. V.« Sie studiert im Master Politische Theorie an der Goethe-Universität Frankfurt. Dass jede Stimme hörbar gemacht und jede Geschichte erzählt wird, ist ihr ein Herzensanliegen. Deswegen setzt sie sich für mehr niedrigschwellige Beteiligungsformate und innergesellschaftlichen Dialog ein.

Kontakt

E-Mail: liesenberg@mehralswaehlen.de

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de